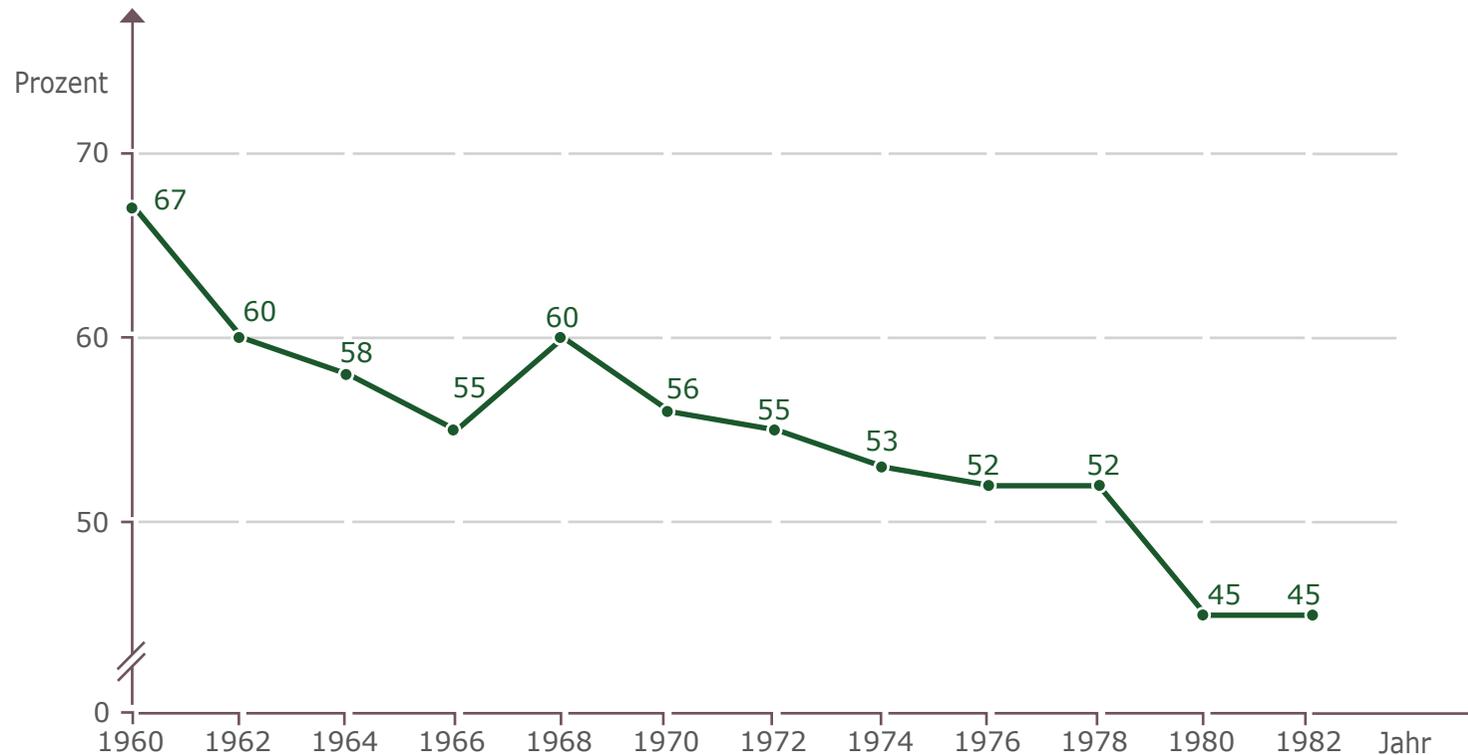




■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Nettodurchschnittseinkommen der Arbeitnehmerhaushalte in der DDR in den Jahren 1960 bis 1982 in Prozent der Nettodurchschnittseinkommen in der Bundesrepublik Deutschland*



* 100% sind für jedes Jahr die Durchschnittsverdienste in der BRD. Der Durchschnittsverdienst in der DDR wird als Prozentwert des BRD-Wertes ausgedrückt. D.h. die absoluten Durchschnittswerte schwanken in jedem Jahr doch die Differenz der Durchschnittsverdienste zwischen BRD und DDR wird in jedem Jahr größer.

Quelle: Handbuch DDR-Wirtschaft 1984, S. 280

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

■ Fakten

Gemessen an Einkommen und Vermögen leben in den neuen Bundesländern die ärmeren Deutschen. Zwar sind nach der Einheit insbesondere die Einkommensunterschiede zwischen Ost und West kleiner geworden. Zudem hat die soziale Differenzierung in der ostdeutschen Teilgesellschaft zugenommen. Doch die regionalen Ungleichheiten haben sich als stabil erwiesen und in den vergangenen Jahren sind die Vermögensungleichheiten in Deutschland noch gewachsen.

Die Ausbildung eines Einkommensgefälles zwischen der Bundesrepublik und der DDR

Die Entwicklung der Bundesrepublik von den Anfängen 1949 bis 1989 ist durch eine außerordentliche Steigerung der Einkommen gekennzeichnet (Miegel 1983, S. 176ff.). In diesem Zeitraum wuchs das reale Volkseinkommen¹ pro Kopf um mehr als das Vierfache: von 4.400 auf 18.400 Euro (um die Vergleichbarkeit herzustellen wird in den Preisen von 1989 und in Euro gerechnet; Geißler 2006, S. 69). Auch in historischen Dimensionen handelt es sich, hinsichtlich seiner Größenordnung, um einen außergewöhnlichen Prozess (der jedoch in ähnlicher Form in vielen Industriegesellschaften beobachtet werden konnte), da „allein in den 50er Jahren in der Bundesrepublik Deutschland der Anstieg des realen Volkseinkommens pro Kopf [...] doppelt so groß [war] wie von 1800 bis 1950“ (Miegel 1983, S. 178).

1 Das Volkseinkommen ist die in Geld ausgedrückte Summe aller produzierten Waren und Dienstleistungen einer Volkswirtschaft, die verbraucht, investiert oder gegen ausländische Güter eingetauscht werden.

Die DDR konnte mit dieser exorbitanten Entwicklung nicht Schritt halten, sondern es bildete sich eine wachsende Kluft zwischen den West- und Ost-Einkommen heraus. Das reale, um die Kaufkraft bereinigte Haushaltseinkommen je Einwohner war 1960 in der DDR durchschnittlich um ca. 30 Prozent geringer als in der Bundesrepublik. 1970 waren es schon mehr als 40 Prozent und 1980 55 Prozent (Handbuch DDR-Wirtschaft 1984, S. 280). In den 80er Jahren gelang es der DDR-Führung den Abstand zur Bundesrepublik zu stabilisieren (Geißler 2006, S. 71f.), doch nur um den Preis einer schließlich ruinösen Umverteilung von Ressourcen in den Konsum und einer Vernachlässigung dringend notwendiger Investitionen.

Annäherung, aber keine Angleichung von Ost und West

Durch die deutsche Einheit kam es zu einer „nachholenden Einkommensexpllosion“ in Ostdeutschland (Geißler 2006, S. 77). Insgesamt haben sich die Einkommen in beiden Teilen Deutschlands positiv entwickelt. Im Osten stieg das verfügbare Einkommen seit 1993 um ca. 300 Euro, im Westen um etwas weniger als 200 Euro. Zwar sind die Einkommensunterschiede zwischen beiden Landesteilen nach wie vor beträchtlich, sie sind im genannten Zeitraum jedoch kleiner geworden. Während im Jahr 1993 das Einkommen der Ostdeutschen im Mittel (Median) erst ca. 72 Prozent des Wertes für Westdeutschland betrug, erreichte es im Jahr 2003 im Vergleich 84 Prozent der Westeinkommen².

2 Wenn man alle Ost- bzw. Westdeutschen nach der Höhe ihres Einkommens aufreihen würde, bezeichnet der Median gerade die Einkommenshöhe, welche die ärmere Bevölkerungshälfte von der reicheren trennt.

■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Neuere Analysen, präsentiert im 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung, die allerdings auf anderer Daten- und Berechnungsgrundlage (auf der des Sozio-oekonomischen Panels, SOEP) erstellt wurden, belegen ein rückläufiges Realeinkommen seit dem Jahr 2003 in beiden Landesteilen, wobei der Rückgang in Ostdeutschland ausgeprägter ist als in Westdeutschland.¹

Im gesamtdeutschen Vergleich haben sich die Einkommensverhältnisse zwar angenähert, aber nicht angeglichen. Der Osten Deutschlands beherbergt eindeutig die ärmere Teilgesellschaft. Unterschiedliche Merkmale der amtlichen Statistik, etwa das Einkommen je Einwohner, das Haushaltseinkommen je Einwohner oder die gesamten Einkünfte je Steuerpflichtigem, weisen immer wieder ähnliche Ost-West-Verteilungsmuster auf, die sich zudem im Zeitablauf kaum verändert haben (vgl. Interaktiver Atlas und Raumordnungsbericht 2005, S. 8). So betrug beispielsweise in 52 von 435 Landkreisen und kreisfreien Städten 2004 das jährliche Haushaltseinkommen je Einwohner im Schnitt weniger als 14.400 Euro. Alle Gebiete lagen in Ostdeutschland; während sämtliche 133 Kreise mit einem mittleren Haushaltseinkommen von mehr als 18.000 Euro/Einwohner zu den alten Bundesländern gehörten (Busch u.a. 2009, S. 112).

Die Öffnung der Einkommensschere in Ostdeutschland

Gleichzeitig hat sich durch die gesellschaftliche Transformation die

1 Das Realeinkommen ist im Zeitraum zwischen 2002 und 2005 um 2,5 % zurückgegangen (S.17, Abs. 1, Dritter Armuts- und Reichtumsbericht). Im Osten sind das 3,9 %, im Westen: 2,4 % (basierend auf dem Nettoäquivalenzeinkommen, „neue“ OECD-Äquivalenzskala, eigene Berechnungen).

Einkommensschere im Osten geöffnet, d.h. die soziale Ungleichheit ist in Ostdeutschland größer geworden: Verfügte das einkommensschwächste Zehntel (Dezil) der ostdeutschen Bevölkerung 1993 noch über 5,3 Prozent des erzielten Gesamteinkommens, waren es im Jahr 2003 nur noch 4,7 Prozent. Auch das zweite und dritte Einkommenszehntel haben ihren Anteil am Gesamteinkommen gegenüber 1993 nicht halten können. Hingegen sind die Verluste der mittleren Einkommenszehntel (4 bis 6) als verhältnismäßig gering einzustufen. Gewinner dieser Entwicklung sind das siebte bis zehnte Dezil, welche ihre oberen Einkommenspositionen noch ausbauen konnten. Für die westdeutschen Bundesländer ist im selben Zeitraum eine bemerkenswerte Stabilität der Einkommensverteilung zu verzeichnen. Allerdings konnten hier die mittleren Einkommensgruppen ihre Einkommensposition geringfügig verbessern.

Neuere Auswertungen auf der Datenbasis des SOEP belegen jedoch für beide Landesteile den Verlust von Einkommensanteilen für die einkommensschwachen Einkommensbezieher. Der Verlust fällt zwischen den Jahren 2005 und 2006 besonders stark aus. Hingegen konnte das oberste Einkommenszehntel – wiederum in beiden Landesteilen – von dieser Entwicklung profitieren.

In der Fachliteratur werden zur Kennzeichnung der Entwicklung der Einkommensungleichheit noch weitere Maße verwendet. Dazu gehören der Gini-Koeffizient und die mittlere logarithmische Abweichung (MLD). Der Gini-Koeffizient bewegt sich in den Grenzen zwischen 0 und 1; bei 0 handelt es sich um völlige Gleichverteilung.

■ **Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten**

lung, bei 1 um die (unrealistische) Konzentration des Einkommens auf eine Person. Bei der mittleren logarithmischen Abweichung handelt es sich um ein Maß, welches von 0 beginnend (völlige Gleichverteilung) variiert, aber nicht auf den Bereich bis 1 standardisiert ist. Es reagiert besonders sensibel auf Veränderungen im unteren Einkommensbereich, wobei die prozentuale Veränderung zwischen zwei Zeitpunkten interpretiert wird. Ebenfalls unter Berücksichtigung dieser beiden Werte wird der zentrale empirische Befund einer geöffneten Einkommensschere gestützt: Der Gini-Koeffizient hat sich seit 1993 in den östlichen Bundesländern um ca. 12 Prozent erhöht, der MLD sogar um 22 Prozent. Auch hier gibt es eine Annäherung an die Werte in den westlichen Bundesländern von 84,5 Prozent (Gini-Koeffizient) bzw. 69 Prozent (MLD).

Steigende Armutsquoten – aber keine Armutsfalle

Ein weiterer Gesichtspunkt ungleicher Einkommensverteilungen sind unterschiedliche Armutsrisiken. Eine weit verbreitete Definition von Armut, die inzwischen gleichfalls für Vergleiche zwischen Ländern der Europäischen Union genutzt wird, bezieht sich auf so genannte „Armutsrisikoquoten“. Demnach besteht ein Armutsrisiko für Personen einer Bevölkerungsgruppe, wenn diese weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der fraglichen Bevölkerungsgruppe erzielen (Lebenslagen 2008, S. 22). Nach einem Rückgang Ende der 1990er Jahre ist das so definierte Armutsrisiko in Ostdeutschland in den letzten Jahren wieder angestiegen, während sich in den westdeutschen Bundesländern die Armutsquote kontinuierlich, seit 1993 um insgesamt 3,8 Prozentpunkte, erhöht hat. Doch im wiedervereinigten Deutschland ist das

Armutsrisiko im Osten immer größer gewesen als im Westen, und aktuellen Daten des Statistischen Bundesamtes zufolge (2009) hat sich der Unterschied im Jahre 2008 noch vergrößert.

Als ein Merkmal von Armut kann die Abhängigkeit von Sozialleistungen angesehen werden und die stellt sich in den Regionen Deutschlands ebenso unterschiedlich dar. Beispielhaft veranschaulichen das Zahlen, die das Statistische Bundesamt im November 2009 veröffentlichte. Demnach bekamen 2007 deutschlandweit von allen Kindern unter 15 Jahren 16,4 Prozent Sozialgeld-Zahlungen (d.h. Sicherung des Lebensunterhalts nach Hartz IV). Die Situation in den einzelnen Bundesländern differierte stark: die Anteile für Kinder in Berlin bzw. Sachsen-Anhalt lagen bei 37,1 bzw. 32,1 Prozent, während die entsprechende Quote für bayerische Kinder nur 8,0 Prozent betrug (Böckler Impuls 2009, S. 8).

Indessen reichen Untersuchungen zur Einkommensverteilung nicht hin, um die Einkommensarmut von Personen treffend zu beschreiben. Statistische Konzepte, wie das der Einkommensverteilung, können nämlich den falschen Eindruck entstehen lassen, dass es sich bei den „Armen“ immer um dieselbe konstante Gruppe von Personen handele. Anschaulich wird die mögliche Fehlinterpretation beispielsweise an Daten zum tatsächlichen Bezug von Sozialleistungen: Den bedeutendsten internationalen und nationalen empirisch-quantitativen Untersuchungen kann entnommen werden, dass die Zeiten des Verweilens im Sozialleistungsbezug (z. B. ALG II, früher Sozialhilfe) eher von kürzerer Dauer sind. Eine Gleichsetzung von Sozialleistungsprogrammen mit Begriffen wie „Hängematte“ oder „Armutsfalle“, die einen überwiegenden Lang-



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

zeitbezug nahelegen, ist daher unzulässig, wenngleich Langzeitbezug vorkommt und für die Betroffenen durchaus eine erhebliche Erschwernis darstellen kann.

Armut? Reichtum? – die Notwendigkeit einer integrierten Betrachtung von Einkommen und Vermögen

In der Bundesrepublik sind traditionell „die Vermögensunterschiede erheblich krasser ausgeprägt als die Einkommensunterschiede“ (Geißler 2006, S. 88). Dies bestätigen neuere Untersuchungen des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung zur Entwicklung der Vermögen in Deutschland: Im Durchschnitt besaß demzufolge 2007 jeder Deutsche rund 88.000 Euro an Vermögen. Doch die Hälfte aller Deutschen verfügte nur über weniger als 15.300 Euro. Mehr als ein Viertel aller Erwachsenen (27 Prozent) besaßen gar kein Vermögen oder waren sogar verschuldet, „während das reichste Zehntel der Bevölkerung über ein Netto-Gesamtvermögen von mindestens 222.000 verfügte“ (Frick/Grabka 2009, S. 57). Bei Berücksichtigung unterschiedlicher Vermögensarten (z.B. so genanntes Produktivvermögen, Anteile an Unternehmen) ergeben sich noch ungleichere Verteilungen (Frick/Grabka 2009, S. 60).

Im innerdeutschen Vergleich sind zum einen die Ost-West-Unterschiede in den Vermögenswerten auffällig: Im Mittel besitzen die Westdeutschen ein dreimal so großes Vermögen. Zum anderen haben sich die regionalen Differenzen im Zeitraum 2002 bis 2007 noch verstärkt. In den alten Bundesländern wuchs das durchschnittlich Nettovermögen um 11,6 Prozent, hingegen schrumpfte

es im Osten um 9,7 Prozentpunkte. Bei Analysen nach altersbezogenen Vermögensverteilungen wird deutlich, dass sich der „Rückstand [des Ostens] in den letzten Jahren aufgrund der höheren Arbeitslosigkeitsrisiken, niedrigerer Erwerbseinkommen und der selektiven Ost-West-Wanderung weiter verstärkt“ hat (Frick/Grabka 2009, S. 62). Hieran wird sich auch in Zukunft kaum etwas ändern.

Gewöhnlich wird in empirischen Untersuchungen zur Verteilung von Einkommen ausgeblendet, dass das Vermögen, abgesehen von seiner Einkommensfunktion (z.B. Zinsen), ein zusätzlicher materieller Faktor ist. Dieser Umstand kann bei den üblichen Definitionen darüber, wer als arm und wer als reich zu gelten hat, zu einer fehlerhaften Einschätzung beitragen; denn ein geringes Einkommen kann durchaus mit hohem Vermögen, ein hohes Einkommen mit geringem Vermögen einhergehen.

Das hat unmittelbar praktische Konsequenzen. Die derzeitige Gesetzeslage sieht beispielsweise vor, dass Vermögen zu einem großen Teil erst aufgebraucht sein muss, ehe ALG II bezogen werden kann (u. a. bleibt ein Grundfreibetrag in Höhe von 150 Euro je vollendetem Lebensjahr des volljährigen Hilfebedürftigen und seines Partners unberücksichtigt, mindestens aber 3.100 und höchstens jeweils 9.250 Euro).

Richard Hausers und Irene Beckers Untersuchungen auf der Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe in den 1990er Jahren kommen hinsichtlich der Vermögen einkommens-



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

armer Haushalte zu dem Ergebnis, dass 1993 jeweils ca. 30 Prozent der Haushaltsmitglieder ein Nettogeldvermögen von geringer (unterhalb des Doppelten der monatlichen Armutsgrenze) bzw. mittlerer Höhe besaßen (zwischen dem Doppelten und dem Zwölffachen der monatlichen Armutsgrenze). Aber es gibt in diesem Bevölkerungsteil auch höhere Vermögen. Sieben Prozent (1993) bzw. zehn Prozent (1998) der Armutspopulation verfügten in den 1990er Jahren über Vermögen, die der auf ein Jahr hochgerechneten Armutsgrenze entsprachen.

Insgesamt gesehen hat sich die Vermögenslage einkommensarmer Schichten nach der Jahrtausendwende allerdings verschlechtert. Zu diesem Ergebnis kommen empirische Analysen auf der Basis des SOEP: Verfügten diejenigen, die ein Vermögen an der Grenze der 25 Prozent vermögensärmsten Personen besaßen, im Jahr 2002 noch über einen Betrag von 1.154 Euro, sank dieser Betrag auf 203 Euro im Jahr 2007 (Wert für dieses Jahr nur auf der Basis der drei ersten Erhebungsmonate).

Wird die Betrachtung auf noch ärmere Schichten gerichtet, herrschen sogar negative Vermögen, also Schulden vor. Der Prozentanteil von Personen in Deutschland mit Schulden hat sich von 6,7 Prozent im Jahr 2002 auf 9,5 Prozent im Jahr 2007 (Wert für 2007 wiederum nur auf der Basis der drei ersten Erhebungsmonate) erhöht. Dem steht im oberen Teil der Einkommens- und Vermögenspyramide ein beträchtlicher Reichtum gegenüber. Geht man von einer Obergrenze von 200 Prozent des mittleren äquivalenzgewichteten Nettoeinkommens aus, dann ergeben Berechnungen,

basierend auf der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (EVS, siehe 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung), einen Betrag von 3.418 Euro netto/Monat, ab dem eine Person als „reich“ bezeichnet werden kann. Der Anteil der Personen, der über solche und höhere Einkommen und Vermögen verfügt, beträgt diesen Berechnungen zufolge (bei Berücksichtigung des Vermögens) 8,8 Prozent der Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland und kann folglich auf insgesamt 6,8 Mio. Personen geschätzt werden.

Personen an der Grenze zum vermögensreichsten Zehntel der Bevölkerung konnten ihren Reichtum in den Jahren von 2002 bis 2007 um durchschnittlich 30.000 Euro vermehren, und Personen an der Grenze zu den 25 Prozent der Reichsten immerhin noch um 4.000 Euro.

Zurückgehende Zufriedenheit mit dem Einkommen in Ost und West

Ob arm oder reich: Wie zufrieden sind die Deutschen in Ost und West mit ihren Einkommen? – Im Sozio-oekonomischen Panel (SOEP) des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) wird die Zufriedenheit mit dem Haushaltseinkommen auf einer Elf-Punkte-Skala erfasst. Die Befragten werden jährlich gebeten, ihre Zufriedenheit zwischen Null („ganz und gar unzufrieden“) bis 10 („ganz und gar zufrieden“) einzuschätzen. Wie sich hier zeigen lässt, gab es in den 1990er Jahren in Ostdeutschland einen leichten Anstieg der Zufriedenheitswerte, durchschnittlich von 5,4 bzw. 4,8 in den Jahren 1990/91 auf Werte von über 5,5 in den Jahren

■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

um die Jahrtausendwende. Seitdem ist die Zufriedenheit mit dem Einkommen wieder rückläufig und betrug im Jahr 2006 noch 5,2. Im Westen waren die Zufriedenheitswerte im betreffenden Zeitraum jedoch zum Teil wesentlich höher, wobei seit der Jahrtausendwende ebenfalls ein nicht unwesentlicher Rückgang zu beobachten ist: Erreichte die Einkommenszufriedenheit hier im Jahr 1991 noch einen Spitzenwert von 6,9, sank sie 15 Jahre später im Jahr 2006 auf durchschnittlich 6,2.

■ Autoren

Ronald Gebauer, SFB 580 (Jena/Halle)
Bernd Martens, SFB580 (Jena/Halle)

■ Literaturhinweise

Becker, Irene/Grabka, Markus/Hauser, Richard/Westerheide, Peter (2008), Integrierte Analyse der Einkommens- und Vermögensverteilung. Abschlussbericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales, Bonn.

Böckler Impuls 20/2009, verfügbar unter: <http://www.boeckler.de/pdf/impuls_2009_20_gesamt.pdf>.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2001), Lebenslagen in Deutschland. Der erste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2005), Lebenslagen in Deutschland. Der 2. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung (2008), Lebenslagen in Deutschland. Der 3. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. Bonn.

Busch, U./Kühn, W./Steinitz, K. (2009), Entwicklung und Schrumpfung in Ostdeutschland. Aktuelle Probleme im 20. Jahr der Einheit, Hamburg.

Der Paritätische Gesamtverband (2009), Unter unseren Verhältnissen ... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Eigenverlag, Berlin.

Easterlin, Richard A./Anke C. Zimmermann (2008), Life Satisfaction and Economic Conditions in East and West Germany Pre- and Post-Unification, SOEP-Papers on Multidisciplinary Panel Data Research, No. 95, DIW Berlin, Figure 2 and Figure 4, S. 30-31.

Frick, J./Grabka, M.M., Gestiegene Vermögensungleichheit in Deutschland, in: Wochenbericht des DIW Berlin Nr. 4/2009, S. 54-67.

Gebauer, Ronald (2007), Arbeit gegen Armut. Grundlagen, historische Genese und empirische Überprüfung des Armutsfallentheorems, VS-Verlag, Wiesbaden.

Geißler, R. (2006), Die Sozialstruktur Deutschlands, Wiesbaden 4. Aufl.

Handbuch DDR-Wirtschaft (1984), herausgegeben vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Reinbek 4. Aufl.



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

■ Literaturhinweise

Hauser, Richard/Irene Becker (2001), Gutachten zur Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. BMAS, Bonn.

Interaktiver Atlas zur Regionalstatistik, angeboten von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder unter <<http://www.destatis.de/regionalatlas>>.

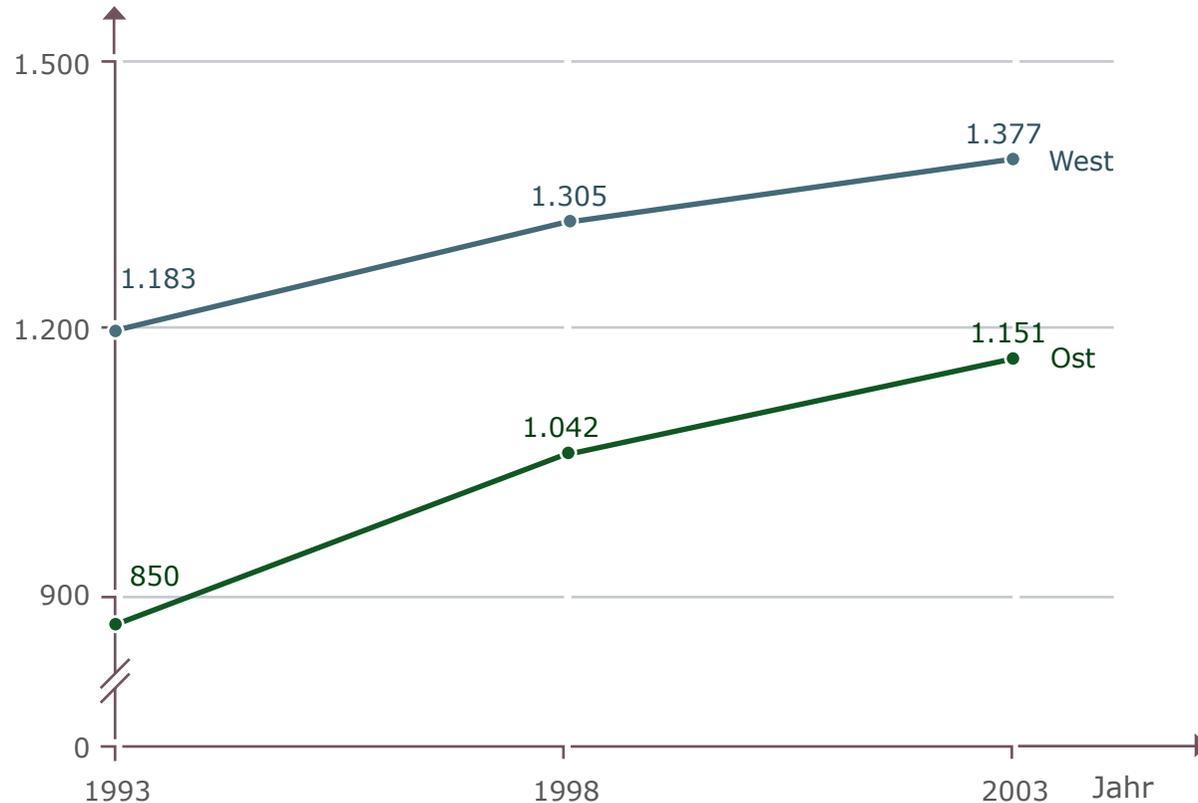
Miegel, M. (1983), Die verkannte Revolution (1). Einkommen und Vermögen der privaten Haushalte, Stuttgart.

Raumordnungsbericht 2005, herausgegeben vom Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Bonn.

Statistisches Bundesamt, Armutsgefährdung in den Bundesländern unterschiedlich, Pressemitteilung Nr. 487, 15.12.2009.

■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Entwicklung der Nettoäquivalenzeinkommen* in Ost- und West in Euro (Median, alte OECD-Skala)



* Durch das Nettoäquivalenzeinkommen soll das Wohlstandsniveau von Personen unabhängig von der Größe und der altersspezifischen Zusammensetzung ihres Haushalts beschrieben werden. Deshalb wird das Haushaltsnettoeinkommen durch sogenannte Bedarfsgewichte geteilt. Folgende Bedarfsgewichte („alte“ OECD-Äquivalenzskala): 1 für den Haushaltsvorstand; 0,7 für jede weitere Person im Alter von mindestens 14 Jahren im Haushalt und 0,5 für jede Person, die jünger als 14 Jahre ist. Somit werden explizit altersspezifische Bedarfe berücksichtigt. Die in dieser Darstellung verwendeten Angaben zu den Nettoäquivalenzeinkommen basieren auf der „alten“ OECD-Äquivalenzskala. Die „alte“ OECD-Äquivalenzskala kalkuliert die Bedarfe von Kindern dabei besonders vorsichtig (d.h. hoch, vgl. Becker/Hauser 2003, S. 183). Die „neue“ OECD-Äquivalenzskala basiert hingegen auf folgenden Bedarfsgewichten: 1 für den Haushaltsvorstand; 0,5 für jede weitere Person im Alter von mindestens 14 Jahren im Haushalt und 0,3 für jede Person, die jünger als 14 Jahre ist (vgl. auch die Diskussion unterschiedlicher Messkonzepte in Becker/Hauser 2003, S. 175 – S. 187). Die genaue Altersgrenze, ob 14 Jahre oder 15 Jahre, wird bei der Bedarfsgewichtung, egal ob „alte“ oder „neue“ OECD-Äquivalenzskala, in der Fachliteratur nicht einheitlich gezogen.

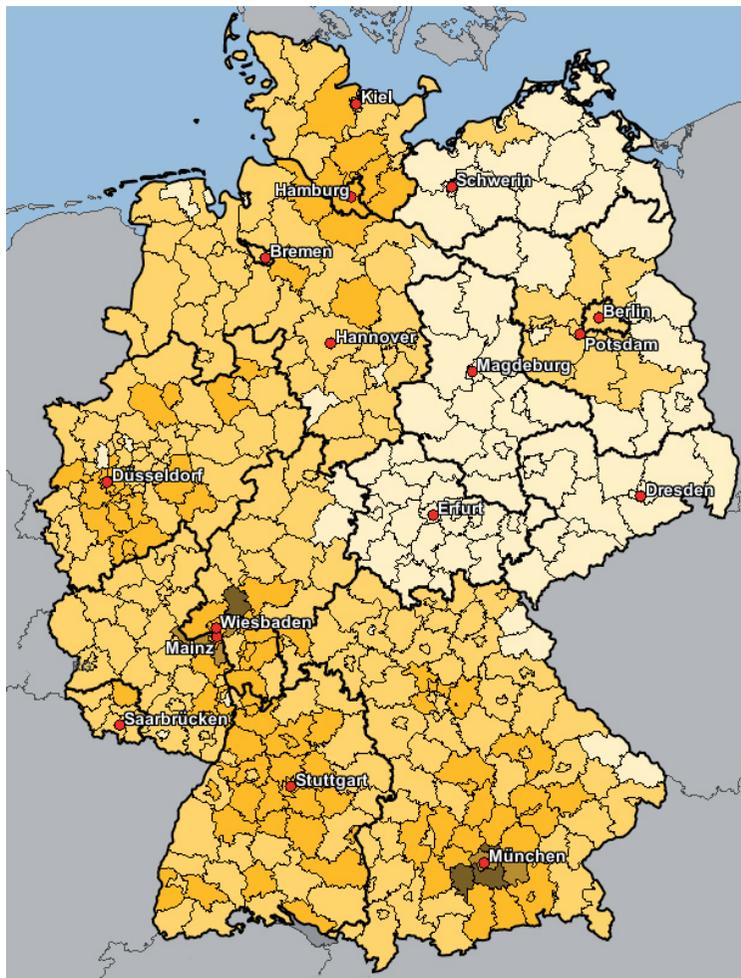
Quellen: EVS 1993, 1998, Richard Hauser/Irene Becker (2003), Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969 - 1998, S. 100, Tab. 5.5b; EVS 2003, Quartale 1 u. 2, Richard Hauser/Irene Becker (2004), Verteilung der Einkommen 1999-2003; Bericht zur Studie im Auftr. d. Bundesministeriums für Gesundheit u. Soziale Sicherung, S. 112

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Regionale Verteilung der durchschnittlichen Einkommen je Steuerpflichtigen für das Jahr 2004 und aufgeschlüsselt nach Kreisen



Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpfl. in 1.000 Euro 2004

Minimum: 19,9
Maximum: 49,8
Deutschland: 30,1

Methode: Gleiche Klassenbreiten

Farbe:	Wert	Anzahl
	unter 25,9	95
	25,9 bis unter 31,9	224
	31,9 bis unter 37,8	87
	37,8 bis unter 43,8	4
	43,8 und mehr	3
	Keine Daten vorhanden	0

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, interaktiver Atlas zur Regionalstatistik, <http://ims.destatis.de/indikatoren/Default.aspx>



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Einwicklung der Haushaltseinkommen im Zeitraum von 1991 bis 2008
Angaben in Prozent bezogen auf alle Haushalte

Region	Jahr	< 1.000 €	1.000-1.499 €	1.500-1.999 €	2.000-3.999 €	> 4.000 €
Westdeutschland	1991	15,5	19,8	20,5	27	17,1
	1998	11,6	17,1	15,3	22	34
	2008	8,8	12,8	12	34,7	31,6
Ostdeutschland	1991	51,7	28,6	7,6	2,3	9,8
	1998	22,6	23	13,2	17,6	18,6
	2008	16,2	20,3	18,1	28,7	16,7

Quelle: kumulierter Allbus 1980-2008, Variable v698, eigene Berechnungen

■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Entwicklung der Dezilsanteile* am Gesamteinkommen für Ostdeutschland

Dezile Neue Bundesländer	Dezilsanteile (Prozent des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens in Ostdeutschland, alte OECD-Skala)		
	1993	1998	2003
1 (ärmste Einkommenszehntel)	5,3	4,9	4,7
2	6,6	6,3	6,2
3	7,4	7,2	6,9
4	8,2	8	8
5	9	8,8	8,7
6	9,7	9,6	9,6
7	10,5	10,5	10,7
8	11,5	11,7	11,9
9	13,2	13,3	13,9
10 (reichste Einkommenszehntel)	18,8	19,7	19,4

* Die Bevölkerung kann gemäß Einkommenshöhe in zehn Teile (Dezile) eingeteilt werden. Das erste Einkommensdezil umfasst alle Personen, die dem ärmsten Einkommenszehntel der Bevölkerung angehören; das zehnte Einkommensdezil umfasst alle Personen, die dem reichsten Einkommenszehntel der Bevölkerung angehören. An dieser Stelle kann danach gefragt werden, wie viel Prozent des Gesamteinkommens auf die einzelnen Einkommensgruppen entfallen: Beispielsweise betrug der Anteil des ärmsten Einkommensdezils in Ostdeutschland am Gesamteinkommen im Jahr 1993 noch 5,3 %. Im Jahr 2003 betrug er jedoch nur noch 4,7 %.

Quellen: EVS 1993, 1998, Richard Hauser/Irene Becker (2003), Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969 - 1998, edition sigma, Berlin, S. 100, Tab. 5.5b; EVS 2003, Quartale 1 und 2, Richard Hauser/Irene Becker (2004), Verteilung der Einkommen 1999 - 2003, Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, S. 112, Tab. 3.1.3.1, S. 114, Tab. 3.1.3.2, S. 127, Tab. 3.2.1.2



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Entwicklung der Dezilsanteile* am Gesamteinkommen für Westdeutschland

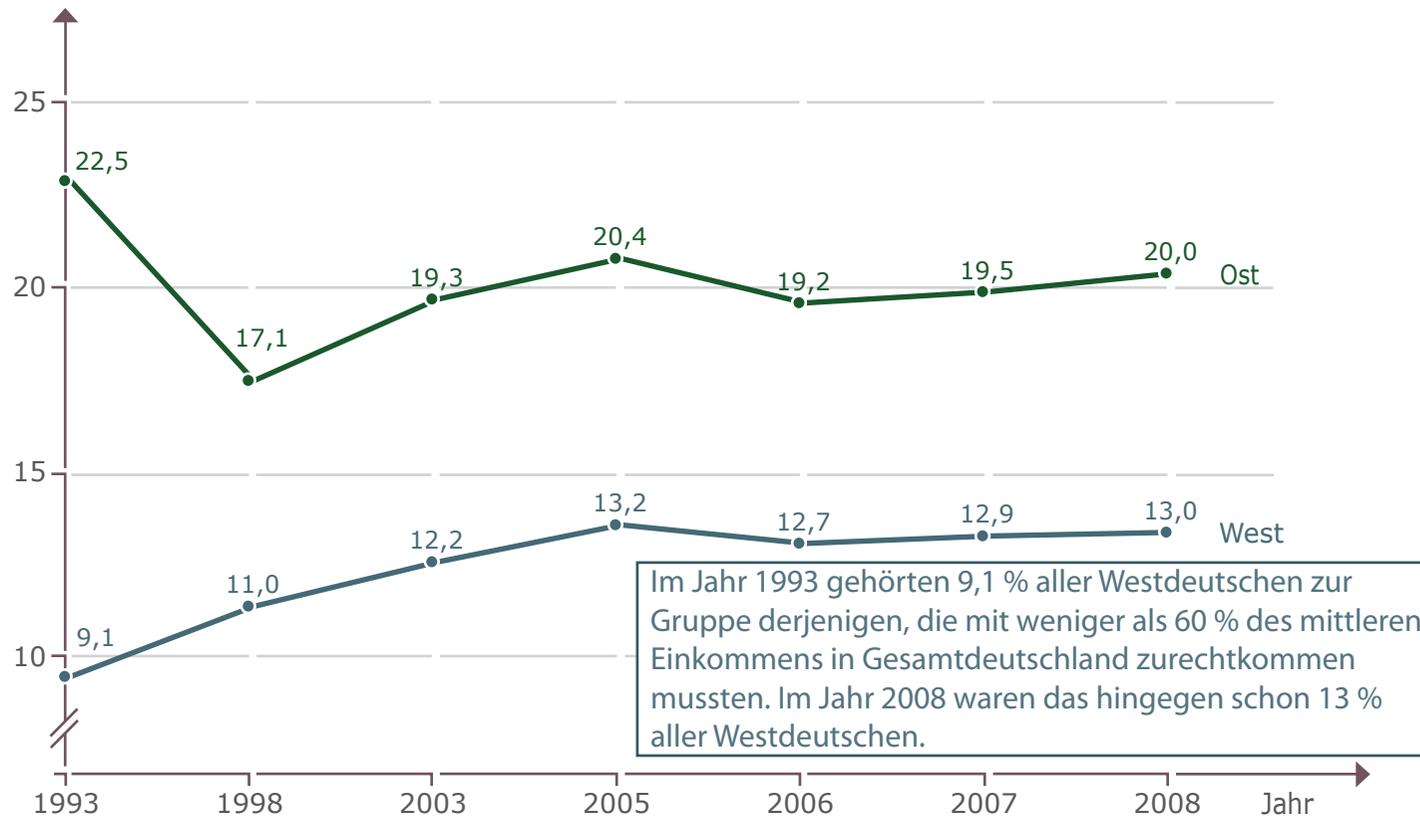
Dezile Alte Bundesländer	Dezilsanteile (Prozent des Gesamtnettoäquivalenzeinkommens in Westdeutschland, alte OECD-Skala)		
	1993	1998	2003
1 (ärmste Einkommenszehntel)	4	3,9	4
2	5,5	5,4	5,5
3	6,5	6,5	6,6
4	7,4	7,4	7,5
5	8,3	8,3	8,4
6	9,3	9,3	9,4
7	10,5	10,5	10,5
8	12	12	12
9	14,4	14,4	14,2
10 (reichste Einkommenszehntel)	22,1	22,3	21,9

* Die Bevölkerung kann gemäß Einkommenshöhe in zehn Teile (Dezile) eingeteilt werden. Das erste Einkommensdezil umfasst alle Personen, die dem ärmsten Einkommenszehntel der Bevölkerung angehören; das zehnte Einkommensdezil umfasst alle Personen, die dem reichsten Einkommenszehntel der Bevölkerung angehören. An dieser Stelle kann danach gefragt werden, wie viel Prozent des Gesamteinkommens auf die einzelnen Einkommensgruppen entfallen: Beispielsweise betrug der Anteil des ärmsten Einkommensdezils in Ostdeutschland am Gesamteinkommen im Jahr 1993 noch 5,3 %. Im Jahr 2003 betrug er jedoch nur noch 4,7 %.

Quellen: EVS 1993, 1998, Richard Hauser/Irene Becker (2003), Anatomie der Einkommensverteilung. Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben 1969 - 1998, edition sigma, Berlin, S. 100, Tab. 5.5b; EVS 2003, Quartale 1 und 2, Richard Hauser/Irene Becker (2004), Verteilung der Einkommen 1999 - 2003, Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, S. 112, Tab. 3.1.3.1, S. 114, Tab. 3.1.3.2, S. 127, Tab. 3.2.1.2

■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Entwicklung der Armutsrisikoquoten 1993 bis 2007 auf Grundlage des gesamtdeutschen Mittelwerts der Einkommen (Median, neue OECD-Skala; 60 Prozent des Medians und darunter)

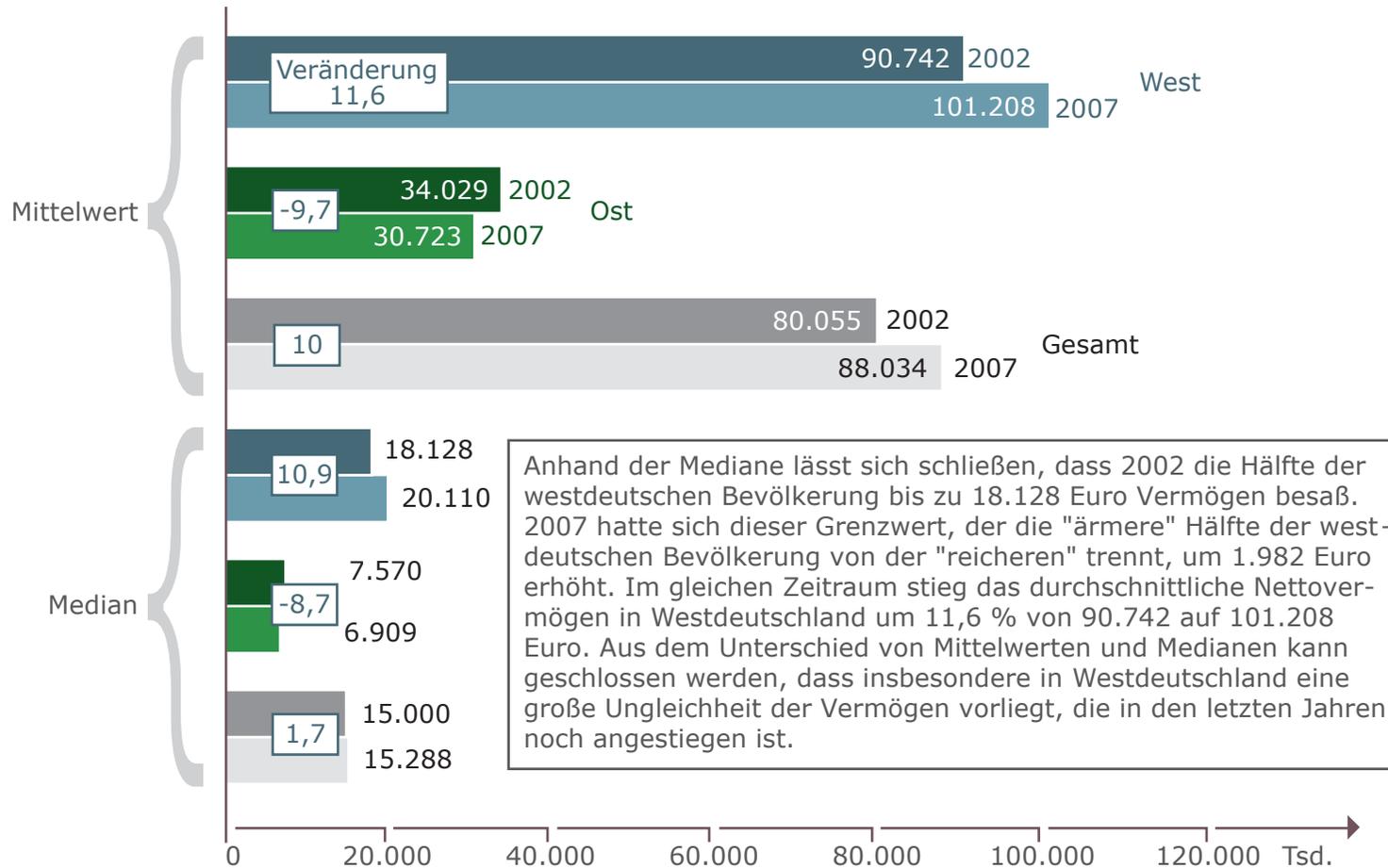


Quellen: EVS 2003, Quartale 1 und 2, Richard Hauser/Irene Becker (2004), Verteilung der Einkommen 1999 - 2003, Bericht zur Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, S. 112, Tab. 3.1.3.1, S. 114, Tab. 3.1.3.2, S. 127, Tab. 3.2.1.2; EVS 1993, 1998, Richard Hauser/ Irene Becker (2001), Gutachten zur Einkommensverteilung im Querschnitt und im Zeitverlauf 1973 bis 1998. BMAS, Bonn, zitiert in: Lebenslagen in Deutschland. Daten und Fakten. Materialband zum ersten Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung. S. 51, Anhangtabelle I.15; Mikrozensus 2005, 2006, 2007, Der Paritätische Gesamtverband (2009), Unter unseren Verhältnissen... Der erste Armutsatlas für Regionen in Deutschland. Eigenverlag, Berlin, Tab. 3, S. 8; Lebenslagen 2008, S. 305 und Statistisches Bundesamt 2009. Das Armutsrisiko wird durch den Anteil der Personen mit einem Einkommen von weniger als 60 % des Medians der Einkommen der Bevölkerung in Privathaushalten berechnet
Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de



■ Einkommen und Vermögen – wachsende Ungleichheiten

Verteilung des individuellen Nettovermögens in Deutschland 2002 und 2007
Angaben in Euro



Quelle: Frick/Grabka 2009, S. 57

Lizenz: Creative Commons by-nc-nd/3.0/de; Bundeszentrale für politische Bildung, 2011, www.bpb.de

